

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIII
-----------------------------	------

Einleitung: Die Definition von Urlaub im Arbeitsrecht	1
---	---

1. Teil: Der Urlaubs- und Urlaubsabgeltungsanspruch im deutschen Recht vor der <i>Schultz-Hoff-</i> Entscheidung des EuGH.....	13
---	-----------

A. Die rechtliche Einordnung des Urlaubs- und Urlaubsabgeltungs- anspruchs nach der „neuen“ Rechtsprechung des BAG seit 1982	13
I. Urlaubsrecht als Teil des Privatrechts.....	13
II. Rechtliche Grundsätze der „neuen“ Rechtsprechung.....	17
1. Die Urlaubsgewährungspflicht als nichtsynallagmatische Freistellungspflicht	18
2. Urlaubsentgelt als fortzuzahlendes Arbeitsentgelt	19
3. Befristeter Anspruch.....	20
4. Der Urlaubsabgeltungsanspruch als Erfüllungssurrogat des Urlaubsanspruchs	24
5. Die Übertragbarkeit des Urlaubs- und Urlaubsabgeltungsanspruchs	25
a) Urlaubsanspruch	25
b) Urlaubsentgelt	26
c) Urlaubsabgeltungsanspruch	27
B. Der Regelungsinhalt des Bundesurlaubsgesetzes und seine Einordnung in das Schuldrecht	27
I. Persönlicher Geltungsbereich.....	27
II. Sachliche Voraussetzungen für das Entstehen des Urlaubs- und Urlaubsabgeltungsanspruchs.....	29
1. Entstehen des Urlaubsanspruchs	30
2. Entstehen des Urlaubsabgeltungsanspruchs	32
III. Erlöschen des Urlaubs- und Urlaubsabgeltungsanspruchs.....	33

1. Erlöschen des Urlaubsanspruchs.....	35
a) Erfüllung gem. § 362 Abs. 1 BGB.....	35
aa) Leistungshandlung.....	35
bb) Leistungsfolg.....	37
b) Leistungsstörungen.....	37
aa) Dauerhafte Leistungshindernisse.....	39
(1) Beendigung des Arbeitsverhältnisses.....	40
(2) Tod des Arbeitnehmers.....	41
(3) Befristung des Urlaubsanspruchs.....	41
bb) Vorübergehende Leistungshindernisse.....	42
(1) Die Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers.....	45
(2) Mutterschutzzeiten.....	48
(3) Elternzeiten.....	49
(4) Erwerbsunfähigkeits/ -minderungszeiten.....	50
cc) Verzug des Arbeitgebers und Ersatzurlaubsanspruch.....	51
c) Ausschlussfristen.....	53
2. Erlöschen des Urlaubsabgeltungsanspruchs.....	53
a) Erfüllung gem. § 362 Abs. 1 BGB.....	54
b) Leistungsstörungen.....	54
aa) Dauerhafte Leistungshindernisse.....	55
(1) Tod des Arbeitnehmers.....	55
(2) Befristung des Abgeltungsanspruchs.....	56
bb) Vorübergehende Leistungshindernisse.....	56
(1) Die Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers.....	57
(2) Mutterschutzzeiten.....	58
(3) Erwerbsunfähigkeits-/ minderungszeiten.....	58
cc) Verzug des Arbeitgebers nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses und Ersatzabgeltungsanspruch.....	60
c) Ausschlussfristen.....	60
IV. Durchsetzbarkeit der Urlaubs- und Urlaubsabgeltungsansprüche.....	61

2. Teil: Der Urlaubs- und Urlaubsabgeltungsanspruch im Recht der Europäischen Union	63
A. Die rechtliche Einordnung des Urlaubs- und Urlaubsabgeltungs- anspruchs durch die Rechtsprechung des EuGH	63
I. Rechtliche Grundlagen des unionsrechtlichen Urlaubsrechts	63
1. Urlaubsrecht als Teil des Sozialrechts der Europäischen Union	64
2. Urlaubsregelungen in der Arbeitszeitrichtlinie	65
3. Der Urlaubs-„anspruch“ in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union	67
II. Rechtliche Grundannahmen des EuGH im Urlaubsrecht	71
1. Urlaubsanspruch und Urlaubsentgelt als „ein Anspruch mit zwei Aspekten“	72
2. Möglichkeiten der Befristung	75
3. Urlaubsabgeltung als Ersatzanspruch	76
4. Übertragbarkeit der Ansprüche	78
a) Übertragbarkeit des Urlaubsanspruchs und des Urlaubsentgeltanspruchs	78
b) Übertragbarkeit des Urlaubsabgeltungsanspruchs	78
B. Der Regelungsinhalt des unionsrechtlichen Urlaubs- und Urlaubsabgeltungsanspruchs aus Art. 7 der Arbeitszeitrichtlinie	79
I. Persönlicher Geltungsbereich	80
II. Sachliche Voraussetzungen für das Entstehen des Urlaubs- und Urlaubsabgeltungsanspruchs	82
1. Entstehen des Urlaubsanspruchs	82
2. Entstehen des Urlaubsabgeltungsanspruchs	85
III. Regelungsbefugnisse der Mitgliedsstaaten	86
1. Verbot von Regelungen über die Voraussetzungen für das Entstehen des Urlaubsanspruchs	88
2. Regelungen bezüglich der Erfüllung und Erfüllbarkeit des unionsrechtlichen Urlaubs-„anspruchs“	89
a) Regelungen zu Urlaubsgewährung und Krankheitszeiten	91

b) Urlaubsentgeltregelungen.....	92
c) Regelungen zum Abgeltungsanspruch.....	94
d) Mutterschaftsurlaub erfüllt nicht Erholungsurlaub.....	95
e) Regelungen bezüglich eines Übertragungszeitraums.....	95
aa) Festlegung von Übertragungszeiträumen.....	95
bb) Grenzen der Festlegung eines Übertragungszeitraums.....	96
cc) Beachtung des Grundsatzes der Äquivalenz und der Effektivität.....	100

3. Teil: Der Urlaubs- und Urlaubsabgeltungsanspruch im deutschen Urlaubsrecht unter Berücksichtigung der unionsrechtlichen Vorgaben.....103

A. Die unzureichende Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie in das deutsche Urlaubsrecht und die Konsequenzen für die Anwendung des BUrlG durch die nationalen Gerichte	104
I. Das umzusetzende Richtlinienziel.....	104
II. Die unzureichende Umsetzung des Richtlinienziels im BUrlG.....	104
III. Konsequenzen der unzureichenden Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie für die Anwendung des BUrlG durch die nationalen Gerichte.....	107
IV. Die Berücksichtigung des Anspruchs auf Jahresurlaub gem. Art. 31 Abs. 2 der Charta als Grundsatz des Sozialrechts für die nationale Rechtsprechung.....	108
B. Das unionsrechtliche Urlaubsverständnis und die Auswirkung seiner Übertragung in das deutsche Urlaubsrecht.....	110
I. Der Urlaubsanspruch als Einheitsanspruch	110
II. Das Urlaubsentgelt als Teil des Urlaubsanspruchs.....	112
III. Die Folgen der Einordnung des Urlaubsanspruchs als Einheitsanspruch auf die Übertragbarkeit des Urlaubs- und Urlaubsabgeltungsanspruchs.....	114
1. Die Übertragbarkeit des Urlaubsanspruchs.....	114
2. Die Übertragbarkeit des Urlaubsabgeltungsanspruchs.....	116

C.	Die Abhängigkeit zwischen der Arbeitsleistungspflicht und der Urlaubsgewährungspflicht	117
I.	Das synallagmatische Verhältnis zwischen der Arbeitsleistungspflicht und der Urlaubsgewährungspflicht und die Einordnung von Arbeitsunfähigkeitszeiten	118
II.	Der Entgeltcharakter des Urlaubsanspruchs.....	124
D.	Die rechtlichen Konsequenzen der Einordnung des Urlaubsanspruchs als Einheitsanspruch mit Entgeltcharakter in das arbeitsvertragliche Synallagma für das Entstehen, den Fortbestand und die Durchsetzbarkeit des Urlaubsanspruchs	126
I.	Entstehen des Urlaubsanspruchs	126
1.	Arbeitsunfähigkeitszeiten	130
2.	Mutterschutzzeiten	132
3.	Elternzeiten	132
4.	Erwerbsminderungszeiten	135
5.	Unberechtigte Nichterbringung der Arbeitsleistung	138
6.	Nichterbringung der Arbeitsleistung für nicht erhebliche Zeiten gem. § 616 BGB	139
7.	Arbeitsausfallzeiten aufgrund Annahmeverzugs des Arbeitgebers.....	140
8.	Nichterbringung der Arbeitsleistung und Betriebsrisiko gem. § 615 S. 3 BGB	141
9.	Pflegezeiten gem. § 3 Abs. 1 Alt. 1 PflegeZG („Vollzeit“-Pflegezeit).....	141
10.	Sabbatical und andere urlaubsschädliche Arbeitsausfallzeiten.....	142
11.	Zusammenfassung.....	143
II.	Erlöschen des Urlaubsanspruchs.....	143
1.	Erfüllung des Urlaubsanspruchs gem. § 362 Abs. 1 BGB	143
2.	Dauerhafte Leistungshindernisse.....	145
a)	Nichtgewährung des Urlaubs wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Kündigung oder aufgrund Vereinbarung	145

b)	Nichtgewährung des Urlaubs wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses aufgrund des Todes des Arbeitnehmers	146
c)	Nichtgewährung des Urlaubs wegen der Befristung des Urlaubsanspruchs	146
aa)	Die Position des BAG	147
bb)	Verstoß der Auslegung des BAG gegen das Gewaltenteilungsprinzip	150
cc)	Verstoß der Auslegung des BAG gegen Unionsrecht	152
dd)	Unionsrechtskonforme Auslegung und mögliche Regelung der Befristung	155
3.	Vorübergehende Leistungshindernisse	157
a)	Die Arbeitsunfähigkeit als vorübergehendes Leistungshindernis	158
b)	Mutterschutzzeiten als vorübergehende Leistungshindernisse	159
c)	Elternzeiten als vorübergehende Leistungshindernisse	161
d)	Erwerbsminderungszeiten als vorübergehende Leistungshindernisse	161
4.	Verzug des Arbeitgebers und Ersatzurlaubsanspruch	162
5.	Ausschlussfristen	163
III.	Durchsetzbarkeit des Urlaubsanspruchs	165
1.	Einwand des Rechtsmissbrauches	165
2.	Einrede der Verjährung	166
E.	Die rechtlichen Konsequenzen der Einordnung des Urlaubsan- spruchs als Einheitsanspruch mit Entgeltcharakter in das arbeits- vertragliche Synallagma für das Entstehen, den Fortbestand und die Durchsetzbarkeit des Urlaubsabgeltungsanspruchs	167
I.	Rechtsnatur des Urlaubsabgeltungsanspruchs – Aufgabe der Surrogattheorie	167
II.	Entstehen des Urlaubsabgeltungsanspruchs	171
III.	Erlöschen des Urlaubsabgeltungsanspruchs	176
1.	Erfüllung des Urlaubsabgeltungsanspruchs	176
2.	Dauerhafte Leistungshindernisse	176

a) Tod des Arbeitnehmers als dauerhaftes Leistungshindernis	177
b) Befristung als dauerhaftes Leistungshindernis.....	177
3. Vorübergehende Leistungshindernisse.....	178
4. Verzug des Arbeitgebers nach Beendigung des Arbeits- verhältnisses und der Ersatzabgeltungsanspruch	178
5. Ausschlussfristen und Urlaubsabgeltungsanspruch.....	178
IV. Durchsetzbarkeit des Urlaubsabgeltungsanspruchs	180

4. Teil: Gesamtergebnis und Ausblick181

A. Zusammenfassung der Ergebnisse	181
I. Unionsrechtliche Vorgaben für den Urlaubsanspruch im deutschen Recht	183
1. Das Fristenregime des BAG verstößt gegen das Gewaltenteilungsprinzip und das Unionsrecht	184
2. Der Urlaubsanspruch als Einheitsanspruch.....	184
II. Die Neueinordnung des Urlaubsanspruchs in das Schuldrecht	185
1. Urlaubsgewährungspflicht als synallagmatische Hauptpflicht.....	186
2. Erlöschen des Urlaubsanspruchs.....	186
3. Keine Befristung des Anspruchs	187
4. Rechtliche Konsequenzen für den Urlaubsabgeltungsanspruch	187
III. Durchsetzbarkeit der Urlaubs- und Urlaubsabgeltungsansprüche.....	188
B. Ausblick: Konsequenzen für den Gesetzgeber und die Auslegung des BUrlG.....	188
I. Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie.....	188
II. Regelungen für eine „unionsfeste“ Befristung	189
III. Neue Regelungen im BUrlG.....	190

Literaturverzeichnis193